

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG  
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

# Wochenbericht

28. Jahrgang

Berlin, den 20. Oktober 1961

Nummer 42

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

## Die internationale und die westdeutsche Konjunktur Mitte Oktober 1961

### Die internationale Situation

Im konjunkturellen Klima der westlichen Welt ist in diesen Herbstwochen ein grundlegender Wandel nicht zu verzeichnen gewesen. In der Weltwirtschaft überwiegen weiterhin — bei allerdings unterschiedlicher Kräftekonstellation in den einzelnen Volkswirtschaften — die Auftriebskräfte; bei wachsenden Angebotskapazitäten ist vor allem in den führenden Wirtschaftsräumen mit einer vollen Auslastung des Produktionspotentials in den kommenden Monaten jedoch nicht zu rechnen.

Nach den vorläufigen Angaben ist das Bruttosozialprodukt in den Vereinigten Staaten im dritten Quartal 1961 gegenüber dem Vorquartal real um annähernd 2 vH (saisonbereinigt) gestiegen. Damit hat sich die Intensität der Auftriebskräfte gegenüber dem Beginn der Wiederbelebung im Frühsommer 1961 leicht abgeschwächt. Hierin spiegelt sich ein Nachlassen der von den Lagerdispositionen der Wirtschaft ausgehenden Anregungen wider, das von den übrigen Nachfragefaktoren vor allem infolge der Zurückhaltung der Verbraucher nicht kompensiert werden konnte. Die gedämpfte Verbrauchsentwicklung hat ihre Ursache nicht nur in einer erhöhten Sparneigung der privaten Haushalte, sondern vor allem in der hinter der Zunahme des Bruttosozialprodukts zurückbleibenden Entwicklung der Masseneinkommen, die typisch für Phasen einer wirtschaftlichen Erholung ist.

Die bisherige Produktionsausweitung in den Vereinigten Staaten wurde überwiegend durch einen rationelleren Einsatz der Arbeitskräfte möglich, so daß sich die Eingliederung zusätzlicher Arbeitskräfte und damit auch die Schaffung zusätzlicher Arbeitseinkommen in engen Grenzen hielt. Da zudem die Lohnsätze — gemessen an den in der verarbeitenden Industrie gezahlten Stundenlöhnen — seit Jahresbeginn nur unbedeutend angezogen haben, war auch bei den Individualeinkommen keine stärkere Zunahme zu verzeichnen. Ein Gleichziehen des Verbrauchs mit den übrigen Nachfragekomponenten wird erst dann erwartet werden können, wenn die Unternehmer zur Angebotsausweitung mehr als bisher auf neue Arbeitskräfte zurückgreifen müssen und wenn das mit höherem Beschäftigungsvolumen anfallende Masseneinkommen zusätzlich aus einer Anhebung der Lohnsätze gespeist wird. Die hohen Produktivitätsfortschritte, die von der amerikanischen Wirtschaft bisher realisiert werden konnten und in der nahen Zukunft auch noch erzielt werden dürften, sollten die Unternehmen bei anhaltender Produktionsausdehnung in die Lage versetzen, Kostensteigerungen ohne nachhaltige

Beeinträchtigung ihrer Gewinnsituation hinzunehmen und auf Preissteigerungen zu verzichten.

In Anbetracht der Tatsache, daß die Auftriebskräfte im privaten Bereich noch zu wünschen übrig lassen, kommt — neben einer unverändert auf Anregung ausgerichteten Kreditpolitik — den wachsenden öffentlichen Ausgaben für die Sicherung des Wirtschaftswachstums große Bedeutung zu. Sie allein können bis auf weiteres die bessere Auslastung der vorhandenen Kapazitäten gewährleisten, die die Unternehmer zur Durchführung zusätzlicher Investitionsvorhaben ermutigen dürfte.

Eine vorerst nur leichte Einfuhrbelebung hat zusammen mit einer vorübergehend stagnierenden und erst in jüngster Zeit wieder geringfügig wachsenden Ausfuhr sowie steigenden Zahlungen an das Ausland im Zuge der Ost-West-Auseinandersetzung zu einer Verschlechterung der amerikanischen Zahlungsbilanz geführt. Da zudem in Verbindung mit der Kreditinsprundnahme Großbritanniens beim Internationalen Währungsfonds bisher stillgelegte Dollarbeträge den Vereinigten Staaten zur Einlösung in Gold eingereicht wurden, hat sich der amerikanische Goldbestand in den letzten Wochen leicht vermindert. Im Hinblick auf die erneuten Goldverluste wurde die Senkung des britischen Diskontsatzes, die zumindest in der Tendenz den Anreiz zur Geldanlage in Großbritannien verringert, von den Vereinigten Staaten begrüßt.

Die von Großbritannien auf dem Hintergrund der außenwirtschaftlichen Beruhigung verfügte Diskontsenkung geht auf zahlungsbilanzpolitische Erwägungen zurück; sie ist somit keineswegs als ein Abgehen von dem scharf restriktiven Wirtschaftskurs zu verstehen, den die britische Regierung seit der Einbringung des Nachtragshaushalts im Juli dieses Jahres verfolgt. Dabei ist man sich in verantwortlichen Kreisen der Tatsache bewußt, daß die bisherige Besserung der britischen Leistungsbilanz weitgehend Folge einer rückläufigen Einfuhr ist, während die Ausfuhr bis in die jüngste Zeit hinein nur wenig zunahm. Großbritannien ist einer nachhaltigen Besserung seiner Außenwirtschaftslage, die eine Stärkung seiner Wettbewerbsfähigkeit zur Voraussetzung hat, in den letzten Monaten kaum nähergerückt. Infolge unzureichender Produktivitätsfortschritte zogen die — keineswegs überhöhten — Lohnforderungen im Laufe des Jahres Preissteigerungen nach sich, die sich bei hinreichender Expansion hätten vermeiden lassen. Ob die britische Regierung einen weiteren Preisanstieg durch einen vorübergehenden Lohnstopp unterbinden kann, scheint zweifelhaft, zumal dadurch Lohnforderungen aufge-

staut werden, die in Zukunft ein Maß annehmen könnten, dem die reale Expansion kaum nachkommen dürfte.

In den meisten kontinental-europäischen Ländern expandiert die Wirtschaft in einem mäßigen Tempo, bei dem sich die Produktivitätsfortschritte abgeschwächt haben. Bei weiterhin angespannter Arbeitsmarktlage haben die Lohnerhöhungen deshalb zunehmend die Tendenz, über die Produktivitätsfortschritte hinauszugehen. Die Weitergabe der Kostensteigerungen in den Preisen wird jedoch durch die scharfe internationale Konkurrenz überall sehr erschwert. Infolge des verhaltenen wirtschaftlichen Wachstums in Europa und der bisher nur bescheidenen Importbelebung der Vereinigten Staaten stehen die vorwiegend Rohstoffe erzeugenden Wirtschaftsräume weiterhin im Konjunkturschatten; ihre eigene wirtschaftliche Entwicklung wird hierdurch stark behindert.

#### Westdeutschland

Die Ermüdungserscheinungen der westdeutschen Konjunktur haben sich weiterhin verstärkt. Die Auftragsentwicklung im industriellen Bereich lag im August — zum ersten Male wieder seit Jahren — unter den Umsätzen. Der Abbau von Auftragsbeständen, der sich bisher im wesentlichen auf die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien sowie auf Einzelbereiche der Verbrauchsgüterindustrie beschränkte, hat jetzt auch den bisherigen Hauptträger der Konjunktur, die Investitionsgüterindustrien, erfaßt. Hier war das Nachlassen der Bestelltätigkeit mit einem Rückgang der Auftragseingänge um 14,4 vH gegenüber dem Vorjahr besonders ausgeprägt. Noch ist man vielerorts geneigt, diese Ermüdung als eine ohnehin fällig gewesene Reaktion auf die gewaltigen Anstrengungen der vorangegangenen Boomperiode anzusehen. Auch glaubt man unterstellen zu können, daß durch die weiter anhaltende Wirkung solcher Faktoren, wie Rationalisierung und Kosteneinsparung als Motive der Investitionsneigung, die industrielle Investitionstätigkeit in Zukunft weiter jene anregenden Impulse erfahren wird, die zur Aufrechterhaltung eines zwar gemäßigten, aber doch befriedigenden Wachstums ausreichen. Man verißt hierbei jedoch allzu leicht, daß die erheblich abgeschwächte Expansion heute tatsächlich bereits nicht mehr innerhalb, sondern schon unter der Grenze des möglichen, also des erwünschten optimalen Wachstums liegt. Die Reaktion auf den Boom ist demnach nicht im Sinne einer Anpassung an enger gewordene Erzeugungsmöglichkeiten erfolgt, sondern sie ist, was die Richtung dieser Anpassung anlangt, schon heute stärker als notwendig darüber hinausgegangen. Die Angebotsmöglichkeiten sind trotz der anhaltenden Spannungen auf dem Arbeitsmarkt rascher gewachsen als die Nachfrage, so daß die Auslastung vorhandener Erzeugungskapazitäten zurückgegangen ist. Hierbei handelt es sich keineswegs um ein durch den Mangel an Arbeitskräften bedingtes Brachliegen vorhandener technischer Kapazitäten, sondern um die Stilllegung ökonomischer Kapazitäten infolge unzureichend gewordener Nachfrage.

Wenn — wie dies heute in vielen Bereichen der industriellen Erzeugung der Fall ist — die Zahl der Beschäftigten der nachlassenden Erzeugung nicht angepaßt, sondern gehalten oder auch stärker als die Erzeugung erhöht wird, geht der Ausstoß je Arbeitskraft zurück. Die Erwartungen, daß dieses Nachlassen des Produktivitätsfortschritts schon in naher Zukunft wieder einem erneuten Anstieg Platz machen würde, weil infolge des wachsenden Kostendrucks jetzt Rationalisierungsinvestitionen wieder ein größeres Gewicht gegenüber den reinen Erweiterungsinvestitionen erhalten würden, gehen von falschen Voraussetzungen aus. Denn aus welchen Motiven auch immer die Investitionsentscheidungen der Unternehmen getroffen werden — ob Erweiterungs- oder Rationalisierungsinvestitionen —, entscheidend bleibt, daß der Produktivitäts-

effekt bei gegebener technischer Ausstattung allein von dem absatzbedingten Produktionsergebnis abhängt.

Dieses absatzbedingte Produktionsergebnis nimmt aber heute — eben infolge nachlassenden Absatzes — nur noch langsam zu. Es sind keine Anzeichen vorhanden, daß neue konjunkturelle Impulse diesen Trend in Kürze wieder steigern werden.

Auch der private Verbrauch, dem man neuerdings wieder die Rolle eines verstärkten Expansionsfaktors zubilligen zu können glaubt, hält sein Wachstum in solchen Grenzen und bewegt sich in solcher Richtung, daß von einer verstärkt anregenden Wirkung auf die Erzeugung keine Rede sein kann. Zweifellos sind für die geringe Resonanz, die z. B. der stark gestiegene Endabsatz von Textilien in der Erzeugung selbst gefunden hat, in erster Linie solche Faktoren wie die starke Importkonkurrenz und lagerzyklische Einflüsse verantwortlich zu machen. Aber das ändert nichts an dem konjunkturellen Gesamtbild, das unverkennbar darauf hinweist, daß trotz der Verbrauchssteigerung die Angebotsmöglichkeiten dem Bedarf erheblich vorausgeeilt sind. Der vergleichsweise schwache Effekt des überwiegend durch Lohnerhöhungen gestiegenen Masseneinkommens auf die Verbrauchsentwicklung hat die Kostensteigerungen besonders für jene Bereiche der Verbrauchsgütererzeugung fühlbarer werden lassen, in denen infolge nachlassenden Absatzes der Produktivitätsfortschritt in wachsendem Maße von den Kostensteigerungen übertroffen wird. Die Differenzierung der Konjunktur, d. h. die stärker gewordenen Unterschiede in der Branchenentwicklung, wirken sich bei allgemeiner Kostenerhöhung besonders nachteilig auf die bisher schon im Schatten der Konjunktur stehenden Bereiche aus, in denen dem steigenden Kostentrend ein absatzbedingtes Nachlassen des Produktivitätsfortschritts gegenübersteht.

Die angedeuteten Tendenzen bieten zwar auch weiterhin keinen akuten Anlaß für Gegenmaßnahmen, was selbstverständlich nicht ausschließt, daß die an dieser Stelle schon wiederholt erhobene und begründete Forderung nach Steuerenkungen eher noch dringender geworden ist. Vorerst dürften jedoch die konjunkturellen Reserven, die in den hohen Auftragsbeständen der Industrie vorhanden sind, groß genug sein, um trotz der nachlassenden Expansion der Nachfrage ein Absinken des Niveaus der westdeutschen Erzeugung zu verhindern. Trotzdem sind diese Tendenzen gefährlicher als man im allgemeinen heute noch wahrhaben will. Die konjunkturelle Beruhigung läßt zwar die Preisauftriebstendenzen als gebändigt erscheinen, und eine anhaltende Nachfrageberuhigung spricht zunächst auch dafür, daß erneuten Preisauftriebstendenzen die Marktconstellation entgegensteht. Die konjunkturelle Beruhigung ist diesmal jedoch mit einer besonders ausgeprägten Kosteninflation Hand in Hand gegangen. Die Kostensteigerungen haben ein in der bisherigen Entwicklung noch nie erreichtes Übergewicht gegenüber dem tatsächlich erzielten Produktivitätszuwachs erreicht. Die hierdurch — bei Preisstabilität — bedingte Gewinnschmälerung kann — wenn die Tendenz zur Kostensteigerung anhält — nur von der Produktivitätsseite her überwunden werden. Die von der Wirtschaft und hier besonders von den Bereichen, die vornehmlich von Kostensteigerungen betroffen sind, aus Rationalisierungsgründen verstärkt in Angriff genommenen Investitionen weisen zwar darauf hin, daß die Wirtschaft bemüht ist, den Kostensteigerungen von der Produktivitätsseite her entgegenzuwirken, also ihre Gewinnsituation durch Kosteneinsparungen zu verbessern. Ökonomisch relevant werden diese Versuche aber nur, wenn die auf diese Weise verbesserten und erweiterten Angebotsmöglichkeiten auch ökonomisch zum Tragen kommen. Die nachlassende Nachfrage steht dem jedoch entgegen.

Die Problematik der heutigen konjunkturellen Constellation liegt also darin, daß man durch die Nachfrageberuhigung in Verbindung mit einer raschen

Erweiterung der Angebotsmöglichkeiten, insbesondere auch vom Ausland her, zwar eine relative Preisruhe erreicht hat. Gleichzeitig mit dieser Nachfrageberuhigung hat sich jedoch die Kosten- und mit ihr die Gewinnsituation der Wirtschaft erheblich verschlechtert. Die negativen Konsequenzen einer derartigen Konstellation können nur dann vermieden werden, wenn es gelingt, das gegenwärtige Mißverhältnis zwischen Kostensteigerung und Produktivitätsfortschritt durch eine Verstärkung der bereits unter dem Opti-

zum der Angebotsmöglichkeiten liegenden Nachfrage zu beseitigen.

Gelingt dies nicht, so könnte sich die heutige Konzeption, nämlich den Vorteil der Preisstabilität mit dem geringeren Nachteil eines nachlassenden Fortschritts erkaufen zu haben, als trügerisch erweisen. Hierdurch würde unbeabsichtigt die Gefahr heraufbeschworen, daß in Zukunft nicht nur ein verlangsamtes Wachstum, sondern auch ein erneuter Preisauftrieb in Kauf genommen werden müßte.

## Bevölkerung und Beschäftigung in Mitteldeutschland

### Zur künftigen Entwicklung des Arbeitskräftepotentials

Mit den im August durchgeführten Absperrmaßnahmen wurde einer Fluchtbewegung ein Ende gesetzt, die seit Jahren die Bevölkerungszahl Mitteldeutschlands vermindert hatte. Obwohl mit diesem Bevölkerungsrückgang auch das Arbeitskräftepotential laufend abnahm, ist die effektive Zahl der Beschäftigten durch weitgehende Mobilisierung der noch vorhanden gewesenen Reserven bis zum Jahre 1957 gehalten worden und erst seitdem leicht rückläufig gewesen. Bei steigendem Arbeitskräftebedarf in allen Bereichen der Wirtschaft hat sich jedoch der Arbeitskräftemangel immer deutlicher offenbart.

Die Abwanderung hatte nicht nur eine ständige Verschlechterung des ohnehin ungünstigen Altersaufbaus der Bevölkerung zur Folge, sie erschwerte außerdem die in einer Planwirtschaft unentbehrliche Vorausschätzung von Bevölkerungs- und Arbeitskräfteentwicklung.

Auf Grund der jüngst verhängten Maßnahmen darf aber angenommen werden, daß die Entwicklung des mitteldeutschen Arbeitskräftepotentials für eine vorerst nicht absehbare Zeit fast nur noch durch natürliche Bevölkerungsbewegungen, wie Geburt und Tod, beeinflußt werden wird. Das DIW hat daher erneut versucht, die voraussichtliche Entwicklung der mitteldeutschen Bevölkerung bis zum Ende der Siebenjahrplanperiode (1965) zu errechnen<sup>1)</sup>. Basis der Schätzung ist der Bevölkerungsstand vom 31. Dezember 1960<sup>2)</sup>; die Wanderungen seit September 1961 blieben unberücksichtigt.

Im einzelnen wurde zur Vorausberechnung der Bevölkerung für die Sterbefälle der Säuglinge und Kleinkinder auf Grund der bisherigen Entwicklung ein weiterer relativer Rückgang angenommen, bei der übrigen Bevölkerung dagegen — auch in den Altersgruppen über 65 Jahre — gleichbleibende Sterblichkeit unterstellt<sup>3)</sup>.

Die Schätzung der altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern hatte zu berücksichtigen, daß unter anderem infolge des gegenüber der Bundesrepublik niedrigeren Heiratsalters in Mitteldeutschland die Verteilung der Geburtenfälle auf die Altersgruppen der gebärfähigen Frauen anders geartet ist. So liegt die Geburtenhäufigkeit bei den 15- bis 25jährigen Frauen Mitteldeutschlands erheblich höher als in der Bundesrepublik und in anderen westeuropäischen Ländern, in denen die Geburtenhäufigkeit dafür in den älteren Gruppen größer ist. Da aber in Mitteldeutschland der bei den 25- bis 35jährigen noch bestehende Frauenüberschuß bis 1965 beseitigt sein wird, kann — bei wachsender Verheiratetenquote der Frauen — mit einer Steigerung der

Geburtenhäufigkeit auch dieser Gruppe gerechnet werden.

Nach dieser Berechnung wird die Bevölkerung Mitteldeutschlands nach dem noch einmal erheblichen Wanderungsverlust des Jahre 1961 von fast 200 000 Personen allmählich zunehmen, jedoch erst im Jahre 1965 den Stand von Ende 1960 wieder erreichen. Diese Entwicklung wird von einem strukturellen Wandlungsprozeß begleitet sein, der das Arbeitskräftepotential stark beeinflussen wird.

Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung Mitteldeutschlands nach Altersgruppen Stand am Jahresende

Alter	1960	1961	1962	1963	1964	1965
<b>Bevölkerung in 1000</b>						
männlich						
unter 15	1 883	1 933	1 977	2 021	2 052	2 067
15 bis unter 65	4 930	4 822	4 800	4 776	4 767	4 770
über 65	932	929	933	941	950	964
<b>zusammen</b>	<b>7 745</b>	<b>7 684</b>	<b>7 710</b>	<b>7 738</b>	<b>7 769</b>	<b>7 801</b>
weiblich						
unter 15	1 795	1 839	1 881	1 921	1 947	1 961
15 bis unter 60	5 552	5 399	5 328	5 268	5 218	5 186
über 60	2 096	2 120	2 155	2 182	2 211	2 236
<b>zusammen</b>	<b>9 443</b>	<b>9 358</b>	<b>9 364</b>	<b>9 371</b>	<b>9 376</b>	<b>9 383</b>
insgesamt						
im Kindesalter	3 678	3 772	3 858	3 942	3 999	4 028
arbeitsfäh. Alter	10 482	10 221	10 128	10 044	9 985	9 956
Rentalter	3 028	3 049	3 088	3 123	3 161	3 200
<b>zusammen</b>	<b>17 188</b>	<b>17 042</b>	<b>17 074</b>	<b>17 109</b>	<b>17 145</b>	<b>17 184</b>
<b>in vH der Gesamtbevölkerung</b>						
männlich						
unter 15	24,3	25,1	25,6	26,1	26,4	26,5
15 bis unter 65	63,7	62,8	62,3	61,7	61,4	61,1
über 65	12,0	12,1	12,1	12,2	12,2	12,4
weiblich						
unter 15	19,0	19,7	20,1	20,5	20,8	20,9
15 bis unter 60	58,8	57,7	56,9	56,2	55,6	55,3
über 60	22,2	22,6	23,0	23,3	23,6	23,8
insgesamt						
im Kindesalter	21,4	22,1	22,6	23,0	23,3	23,5
arbeitsfäh. Alter	61,0	60,0	59,3	58,7	58,2	57,9
Rentalter	17,6	17,9	18,1	18,3	18,5	18,6
Berechnung des DIW; ohne Berücksichtigung von Wanderungen seit September 1961.						

Wegen des zur Zeit verschiedenartigen Altersaufbaus wird in den nächsten Jahren die Entwicklung der Bevölkerung bei Männern und Frauen unterschiedlich verlaufen. Infolge des Anstiegs der Geburtenziffern wird die männliche Bevölkerung zunehmen, während bei den Frauen trotz wachsender Geburtenzahl das Überwiegen der Sterbefälle eine Abnahme herbei-

<sup>1)</sup> Vgl. z. B. H.-C. Tönjes: „Bevölkerungsentwicklung und Arbeitskräftepotential in Mitteldeutschland“, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 1959, Heft 2.

<sup>2)</sup> Vgl. Stat. Jahrbuch der DDR 1960/61, S. 34 ff.

<sup>3)</sup> Die mögliche Senkung der Sterblichkeit durch verbesserte medizinische und soziale Betreuung wird vermutlich infolge der wachsenden Beanspruchung des Menschen im Arbeitsprozeß nicht zur Auswirkung kommen können.

führen wird. Der Anteil der im arbeitsfähigen Alter Stehenden (Männer: 15 bis unter 65 Jahre; Frauen: 15 bis unter 60 Jahre) an der Gesamtbevölkerung wird von 61 vH auf 58 vH im Jahre 1965 zurückgehen, das Arbeitskräftepotential also weiter um 530 000 Personen oder 5 vH schrumpfen. Berücksichtigt man außerdem, daß bis zum Herbst 1964 die zehnklassige Schulbildung in Mitteldeutschland obligatorisch wird, das arbeitsfähige Alter von 1965 an also erst mit dem 17. Lebensjahr beginnt<sup>4)</sup>, so wird die Zahl der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter bis Ende 1965 um etwa 1 Million Personen oder um 9,5 vH auf 9,5 Millionen abnehmen; ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung wird unter Ausklammerung der 15- und 16jährigen Jugendlichen dann nur noch 55,2 vH betragen. Die durch den Altersaufbau der Bevölkerung begründete Abnahme des Arbeitskräftepotentials wird sich über den Untersuchungszeitraum hinaus bis etwa 1975 fortsetzen. Besonders stark wird von diesem Prozeß wieder der weibliche Bevölkerungsteil betroffen werden.

Die Zahl der im Rentenalter Stehenden wird sich bis 1965 um 5,7 vH erhöhen, wobei die Steigerung bei den Frauen stärker als bei den Männern sein wird. Noch mehr wird der Anteil der noch nicht im arbeitsfähigen Alter stehenden Kinder und Schüler steigen, zum überwiegenden Teil allerdings wegen der Verlängerung der Pflicht-Schulzeit.

Schon jetzt ist der Anteil der Beschäftigten an der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter mit rd. 83 vH sehr hoch. Eine weitere Erhöhung des Beschäftigtenanteiles scheint daher in Zukunft nur begrenzt möglich zu sein, so daß sich die in den nächsten Jahren zu erwartende Abnahme des Arbeitskräftepotentials trotz Ausbleibens weiterer Abwanderungen auch auf die Zahl der tatsächlich Beschäftigten auswirken wird. Da das Arbeitskräftepotential bei den Männern bereits ausgeschöpft ist, könnten zusätzliche Arbeitskräfte allein durch Mehrbeschäftigung von Frauen gewonnen werden. Einschließlich der beschäftigten Rentnerinnen betrug der Anteil der weiblichen Beschäftigten an der weiblichen Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter Ende 1960 allerdings schon 70 vH<sup>5)</sup>, das heißt, daß nur knapp 1,7 Millionen im arbeitsfähigen Alter stehende Frauen nicht erwerbstätig waren. Bei diesem Kreis wird es sich jedoch im wesentlichen um Mütter von Kleinkindern und beaufsichtigende Großmütter handeln — darauf läßt die jährliche Geburtenzahl von 300 000 schließen —, so daß diese Gruppe für die Gewinnung weiterer Arbeitskräfte nicht sehr ergiebig sein dürfte.

Einzeluntersuchungen<sup>6)</sup> haben ferner gezeigt, daß sich in Mitteldeutschland Beschäftigung und Arbeitskräftepotential nach dem letzten Krieg regional unterschiedlich entwickelt haben. Da sich der wirtschaftliche Aufbau vorwiegend auf die früheren Industrieräume konzentrierte, kam es dort verhältnismäßig rasch zu Vollbeschäftigung und zur Erschließung der noch greifbaren Reserven, während die Gegenüberstellung von Beschäftigtenzahl und Arbeitskräftepotential in den ländlichen Gebieten Mitteldeutschlands auch heute noch das Vorhandensein ungenutzter, wenn auch geringer, Reserven — fast ausschließlich Frauen — erkennen läßt.

Die laufenden Wirtschaftspläne geben jedoch keine Hinweise auf eine beabsichtigte stärkere Industrialisie-

rung dieser Gebiete, obwohl durch solche Maßnahmen die offensichtlich vorhandene Fehlverteilung von Arbeitskräften und Arbeitsplätzen wirksamer gemildert werden könnte als etwa durch Umsiedlungsmaßnahmen.

Die soziale Struktur der mitteldeutschen Bevölkerung  
Stand am Jahresende, in 1000

Personenkreis	1960		1965	
	männl.	weibl.	zusammen	
Beschäftigtenkreis d. offiz. Stat. <sup>1)</sup>	3 950	3 210	7 160	6 865
Lehrlinge . . . . .	180	120	300	230
Übrige Beschäftigte <sup>2)</sup> im produzierenden Bereich <sup>3)</sup> . . . . .	165	190	355	250
staatlichen Bereich <sup>4)</sup> . . . . .	225	40	265	265
Arbeitslose . . . . .	1	5	6	6
Invalide usw. . . . .	200	100	300	250
Schüler und Studierende . . . . .	210	200	410	640
Sonstige Nichtbeschäftigte . . . . .	—	1 687	1 687	1 450
Personen im arbeitsfäh. Alter <sup>5)</sup>	4 931	5 552	10 483	9 956
Kinder und Schüler . . . . .	1 882	1 795	3 677	4 028
Rentner . . . . .	932	2 096	3 028	3 200
dar.: beschäftigte Rentner . . . . .	310	290	600	650
Personen im nichtarbeitsfäh. Alter	2 814	3 891	6 705	7 228
Beschäftigte, gesamt <sup>6)</sup> . . . . .	4 830	3 850	8 680	8 260
Bevölkerung, insgesamt . . . . .	7 745	9 443	17 188	17 184

Berechnung und Schätzung des DiW.  
<sup>1)</sup> Ohne Rentner. — <sup>2)</sup> Vgl. Jahrbuch der DDR 1956, Vorbermerkung zu Kap. X, S. 147. — <sup>3)</sup> U. a. Beschäftigte in Betrieben, die dem früheren Amt für Technik unterstellt waren, Beschäftigte der DSAG Wismut (Uranerzbergbau), in bäuerlichen Hauswirtschaften Tätige, beschäftigte Häftlinge usw. — <sup>4)</sup> Einschl. Militär. — <sup>5)</sup> Männer 15 bis unter 65 Jahre, Frauen bis unter 60 Jahre. — <sup>6)</sup> Einschl. Lehrlinge und beschäftigte Rentner.

Weitere Reserven liegen allenfalls noch bei den in das Rentenalter hineinwachsenden Jahrgängen, vor allem bei denen der beschäftigten Frauen, die nach mitteldeutschem Sozialversicherungsrecht bereits mit Vollendung des 60. Lebensjahres eine Altersrente erhalten können. Da der Anteil dieser 60- bis 65jährigen Frauen an der Zahl der beschäftigten Rentner aber auch gegenwärtig schon recht groß ist, kann eine erhebliche Steigerung durch Weiterbeschäftigung von Rentnern in den nächsten Jahren nicht erwartet werden.

In die Vorausschätzung des Beschäftigtenvolumens von 1965 sind die noch mobilisierbaren Beschäftigungsreserven unter der Annahme sehr günstiger Bedingungen einbezogen. So wurde für die Gruppe der „sonstigen Nichtbeschäftigten“ im arbeitsfähigen Alter ein anteilmäßiger Rückgang und für die Rentner eine steigende Erwerbsquote unterstellt. Die sich darin andeutende weitere Aktivierung der Bevölkerung wird allerdings durch einen steigenden Anteil der in Ausbildung befindlichen Jugendlichen teilweise kompensiert.

Das Beschäftigtenvolumen wird sich ebenso wie das Potential in Mitteldeutschland von 1960 bis 1965 um 5 vH verringern, davon allein im Jahre 1961 um ungefähr 2 vH. Bei wieder gleichem Bevölkerungsstand im Jahre 1965 geht damit der Anteil der Beschäftigten an der Gesamtbevölkerung von reichlich 50 vH auf 48 vH zurück. 1965 werden demnach auf 100 Beschäftigte 108 (1960: 98) nicht im Erwerbsleben Stehende entfallen. Besonders die Zahl der Rentner wird, bezogen auf die Beschäftigten, von 35 vH auf rund 39 vH steigen; damit wird sich die soziale Belastung der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung stark erhöhen.



Gegenstand	Einheit †)	1959	1960	1960							1961							
				Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli			
<b>Bevölkerung<sup>1)</sup></b>																		
Geburtenüberschuß, absolut	Anzahl	62082	59343	1286	-720	4108	6091	5980	6786	5549	7845	7183	7875	6056	.	.	.	.
je 1000 d. Bevölkerung	Jahresbasis	3,6	3,4	0,9	-0,5	2,9	4,1	4,2	4,6	4,2	5,3	5,1	5,4	4,3	.	.	.	.
<b>Flüchtlingsbewegung<sup>2)</sup></b>																		
Geprüfte Notaufnahmeanträge	Anzahl	67476	81924	4689	7011	6753	8311	7673	6288	4678	16751	16891	16957	18788	30183			
in West-Berlin	"	50020	59402	3044	3679	3839	5875	4528	4849	4082								
„ Uelzen	"	30151	50508	2120	2308	3269	4967	4506	4459	4484								
„ Gießen	"	137437	186640	9229	12315	13380	18849	16190	15254	12903	16653	16637	16579	18508	29858			
Aufgenomm. Flüchtlinge, insges.	"	60514	79065	4287	6541	6469	8156	7503	6128	4537	.	.	.	.	.			
dar. in West-Berlin	"	66212	82771	4206	6371	6661	8893	8002	6863	4520	.	.	.	.	.			
Aus West-Berlin ausgeflogen	"	16309	20229	1035	1475	1547	1827	1934	1789	1346	.	.	.	.	.			
dar. Jugendliche <sup>3)</sup>	"																	
<b>Industrie<sup>1) 4)</sup></b>																		
Bruttoproduktion (o. Bauleistg.) <sup>5)</sup>	Mill. DM-Ost	65676	71065	5424	6210	5605	5882	6058	5789	5698	6511	5882	5881	6528	6119			
dar. halbstaatl. Betriebe	vH	6,0	7,4	6,8	6,7	6,9	7,1	7,1	7,2	7,8	7,9	8,0	8,0	8,1	8,0			
„ private Betriebe	"	4,9	3,8	4,5	4,2	4,2	4,1	4,0	4,0	3,5	3,5	3,4	3,3	3,3	3,2			
Produkt. ausgewähl. Erzeugnisse																		
Elektroenergie	Mill. kWh	37248	40305	3293	3423	3141	3196	3108	3203	3398	3654	3344	3369	3281	3340			
Rohbraunkohle	Mill. t	214,8	225,5	17,9	19,2	18,4	18,5	18,7	18,8	18,7	20,7	19,3	19,4	19,1	19,5			
Braunkohlenbriketts	1000 t	54051	56047	4351	4735	4614	4675	4741	4760	4416	5020	4793	4813	4739	4911			
Roheisen	"	1898,4	1994,7	161,5	160,4	156,1	163,8	169,2	158,8	153,4	165,4	157,3	177,7	164,5	171,4			
Rohstahl in Blöcken	"	3207,4	3337,0	268,3	292,4	282,4	268,1	262,4	271,0	264,2	290,5	279,8	288,0	272,6	281,7			
Walzstahl, warmgewalzt	"	2487,5	2308,8	186,5	221,3	170,5	186,5	193,9	178,3	197,0	210,2	182,5	188,2	203,7	194,9			
Schwefelsäure	1000 t SO <sub>3</sub>	562,4	595,9	43,3	48,3	48,9	49,8	46,0	48,2	44,4	54,9	52,9	55,3	53,7	55,0			
Kalziumearbid	1000 t	887,5	922,7	74,8	77,1	76,7	79,6	80,2	80,6	76,7	83,7	81,8	81,5	77,3	78,5			
Stickstoffdünger	1000 t N	329,1	334,1	27,1	30,4	27,3	27,7	26,9	27,3	26,5	29,7	27,3	27,8	25,9	27,0			
Phosphordünger	1000 t P <sub>2</sub> O <sub>5</sub>	138,8	165,8	14,9	16,9	15,2	15,5	14,7	10,8	9,2	14,5	17,0	16,2	16,7	16,0			
Synthetischer Kautschuk	"	85202	86765	6930	7472	7228	7435	7155	7315	6598	7661	7245	7755	7268	7384			
Zement	1000 t	4205,0	5032,0	348,7	426,0	423,4	398,8	404,0	430,6	387,8	465,2	441,6	450,3	430,4	444,8			
Kühlschränke	Stück	86581	138569	8153	9894	10405	11389	12831	12801	11484	12919	11287	12684	14158	12486			
Fernsempfänger	"	289736	416490	28237	35195	35595	38794	35694	35433	32820	36569	35199	31241	35113	28845			
Baumwollgewebe	Mill. qm	240,6	254,0	19,8	23,2	19,5	21,0	22,0	19,9	21,3	24,4	20,3	19,3	22,7	19,3			
Zellstoff aller Sorten	1000 t atro	337,0	336,5	26,7	28,8	28,7	29,5	28,0	28,7	26,5	29,6	27,9	28,3	27,7	30,2			
Papier aller Sorten	1000 t	515,0	542,0	43,8	48,5	42,6	44,3	42,7	44,9	44,7	51,4	45,2	42,4	48,0	48,1			
Karton und Pappe	"	259,2	267,6	22,4	24,2	21,7	21,8	21,8	22,4	21,8	24,3	21,3	20,9	23,9	21,8			
Margarine	"	173,8	180,6	13,4	16,3	16,4	14,3	15,3	14,8	13,1	16,5	13,1	17,3	15,5	12,6			
<b>Bau (ohne Bauhandwerk)<sup>1)</sup></b>																		
Bauarbeiter <sup>7)</sup>	1000	231,8	229,4	228,0	229,3	231,9	231,6	229,7	229,5	216,4	215,9	218,1	215,0	214,8	214,2			
<b>Landwirtschaft<sup>1)</sup></b>																		
Landwirtsch. Produktionsg. (LPG)	Anzahl	10132	19319	10817	16479	19323	19345	.	.	.	18850	.	.	.	.			
Mitglieder	1000	435,4	960,7	498,5	744,8	894,7	945,0	.	.	.	962,1	.	.	.	.			
Landwirtschaftliche Nutzfläche	1000 ha	2794,3	5426,4	3184,9	4737,5	5382,0	5384,4	.	.	.	5412,5	.	.	.	.			
Anteil a. d. ges. landw. Nutzfl. <sup>8)</sup>	vH	45,1	85,0	49,4	78,5	83,5	83,7	.	.	.	84,2	.	.	.	.			
<b>Verkehr<sup>1)</sup></b>																		
Gütertransportmenge, insges.	Mill. t	500,4	522,2	37,3	42,6	42,8	44,0	44,2	45,1	40,2	46,2	44,8	44,6	46,9	47,8			
dar. Anteil Reichsbahn	vH	45,8	45,4	48,3	47,4	45,8	45,3	43,9	43,4	47,8	47,0	45,1	46,1	43,5	43,7			
„ Kraftwagen	"	51,3	51,8	50,4	49,8	51,4	54,5	53,6	53,3	50,5	50,2	52,2	51,2	53,7	53,8			
Gütertransportleistung, insges.	Mill. tkm	47743	50582	3616	4249	4294	4265	4267	4136	3880	4636	4508	.	.	.			
davon Anteil Reichsbahn <sup>9)</sup>	vH	66,4	64,9	70,3	65,9	62,7	63,5	63,5	63,5	67,8	67,3	63,8	.	.	.			
„ Binnenschifffahrt <sup>10)</sup>	"	5,0	4,5	1,5	4,5	5,4	5,5	5,3	5,1	2,4	4,5	4,7	.	.	.			
„ Seeschifffahrt	"	19,0	20,7	18,4	20,3	22,9	19,6	21,1	18,6	20,2	19,0	22,2	.	.	.			
„ Kraftwagen	"	9,6	9,9	9,8	9,3	9,0	9,7	10,1	10,8	9,6	9,2	9,3	.	.	.			
<b>Einzelhandel<sup>1)</sup></b>																		
Einzelhandelsumsatz, insges.	Mill. DM-Ost	42053	44957	3140	3603	3665	3661	3608	3794	3337	3985	3684	3741	3747	3978			
dav. Nahrungs- u. Genussmittel	vH	56,9	55,4	57,3	56,0	56,4	55,6	56,8	57,9	56,1	55,0	55,1	57,0	57,1	57,3			
„ Industriewaren	"	43,1	44,6	42,7	44,0	43,4	44,4	43,2	42,1	43,9	45,0	44,9	43,0	42,9	42,7			
„ Umsatzanteil HO <sup>10)</sup>	"	43,6	44,3	43,8	44,2	43,6	42,4	43,0	43,5	44,0	44,1	42,9	43,3	43,2	43,3			
„ Konsum	"	31,7	32,9	28,5	32,3	32,3	32,3	32,3	33,4	33,5	33,3	32,7	32,9	32,9	33,3			
„ Priv. Einzelhandel	"	24,7	22,8	27,7	23,5	24,1	25,3	24,7	28,1	22,5	22,6	24,4	23,8	23,9	23,4			
<b>Interzonenhandel<sup>11)</sup></b>																		
Bezüge aus dem Währungsgebiet der DM-West	1000 VE <sup>12)</sup>	1078564	959507	61332	74079	81141	74358	85067	87180	73901	127067	72863	62721	73952	67603			
a) aus Westdeutschland	"	1007718	885211	56152	68639	75907	68446	79429	79474	67854	120154	67432	56827	66736	63530			
dar. Nahrungsmittel <sup>13)</sup>	"	64988	50512	3499	9129	3491	2200	2953	3640	2499	4380	2472	2499	2881	1346			
„ Maschinen	"	109877	125795	6260	4808	11497	14000	8938	9175	6727	8948	8530	4425	7980	10007			
„ Eisen und Stahl	"	221080	157561	9813	12942	17929	13896	12489	20708	14767	34064	21797	17552	19767	15751			
„ Chemische Erzeugnisse	"	125446	126215	7463	12462	11447	11712	11118	12003	14660	13842	8950	14064	10145	7531			
b) aus West-Berlin	"	70846	74296	5180	5440	5234	5912	5638	7706	6047	6913	5431	5894	7216	4073			
dar. Elektrotechn. Erzeugnisse	"	20590	22307	1853	921	1192	1579	2151	2184	963	2495	1691	1253	2003	1612			
Lieferungen in das Währungsgebiet der DM-West	"	891760	1122450	193669	81561	77235	92354	83288	76199	63278	94743	70254	72230	67040	83408			
a)																		

Gegenstand	Einheit †)	Woche:	Vorjahr					Gegenwart								
			11.-17. Sept. 1960	18.-24. Sept. 1960	25. Sept. bis 1. Okt. 1960	2.-8. Okt. 1960	9.-15. Okt. 1960	13.-19. August 1961	20.-26. August 1961	27. August bis 2. Sept. 1961	3.-9. Sept. 1961	10.-16. Sept. 1961	17.-23. Sept. 1961	24.-30. Sept. 1961	1.-7. Okt. 1961	8.-14. Okt. 1961
			38.	39.	40.	41.	42.	33.	34.	35.	36.	37.	38.	39.	40.	41.
<b>Produktion</b>																
Geschäftstätigkeit in USA	1957=100		105,5	106,5	107,2	107,5	108,0	113,1	114,0	114,6	114,5	112,2	111,3	113,8	114,9	
Industrieproduktion in USA	1947/49 = 100		159,9	154,2	158,3	156,2	160,9	175,7	175,1	172,5	173,0	175,6	175,4	176,4	176,2	175,8
Steinkohlenförderg. in der BRD <sup>1)</sup>	1000 t	WS	2640	2659	2858	2710	2744	2497	2642	2608	2622	2671	2631	2677	2662	
Großbritannien	"	"	3887	3878	3901	3958	3970									
Kohlenförderung in USA	"	"	7380	7348	7475	7371	7716	7453	7448	7294	7457	6468	7942	7957	7802	
Rohtahlerzeugung in der BRD <sup>1)</sup>	"	"	467	483	489	483	486	456	443	431	433	423	418	424	433	
" USA	"	"	1363	1394	1402	1391	1412	1733	1764	1833	1842	1843	1843	1918	1933	1907
Kraftwagenherstellung in USA	1000 Wagen	"	106	134	157	159	168	21	81	112	115	78	87	131	122	116
Stromverbrauch in West-Berlin <sup>2)</sup>	Mill. kWh	"	42,8	44,4	47,4	46,7	48,4	42,9	44,5	43,9	45,2	46,2	45,6	47,4	47,5	49,0
<b>Güterverkehr</b>																
Wagengestellung b. d. Dt. Bundesbahn <sup>3)</sup>	1000 Wagen	WS	396,3	407,6	418,7	417,6	422,2	362,3	378,1	382,0	378,5	385,7	384,1	406,1	405,2	
<b>Zahlungsverkehr</b>																
Zahlungsmittelumlauf in BRD u. West-Berlin	Mill. DM	BSt	20039	19200	21938	20813	20390	21563	20417	23569	22538	22165	21900	24073	23004	
Notenumlauf d. Bank von England	£	Mi	2228	2215	2217	2220	2220	2374	2342	2328	2326	2318	2308	2304	2308	2307
" Bank von Frankreich	Mrd. NF	Do	36,2	35,8	36,9	37,7	37,1	40,9	40,3	41,8	41,8	41,1	40,5	41,6	42,6	
" Niederländ. Bank	Mill. hf.	Mo	4564	4515	4585	4706	4593	4949	4928	5030	5068	4938	4876	4930	5083	4960
" Belgischen Nationalbank	" sfrs.	Do	119097	117984	117714	120956	120301	124253	122998	122434	125372	124322	123034	122749	126326	125802
" Schweizer	" sfrs.	BSt	6035	6150	6329	6203	6099	6599	6648	6844	6773	6724	6808	7014	6894	
" Schwedischen	" skr.	Mi	5614	5573	5906	5634	5684	5864	5846	6158	5948	5934	5888	6195	5905	
Zahlungsmittelumlauf in USA	" \$		32291	32171	32004	32046	32276	32664	32594	32474	32663	32836	32775	32612	32673	32886
<b>Geld- und Kapitalmarkt</b>																
<i>Deutsche Bundesbank</i>																
Gold	Mill. DM	BSt	11981	11982	11982	12029	12090	14295	14386	14408	14408	14408	14409	14409	14409	
Gesamtaktiva aus d. Auslandsgeschäft	"	"	11748	17968	18407	18422	18410	14947	14586	13825	13569	13640	13645	13862	13857	
Inlandwechsel	"	"	2020	2430	2324	2200	2029	861	689	533	1042	875	1088	1822	1708	
Kassenkredite	"	"	11	3	5	3	5	2	2	4	2	4	3	5	1	
Ausgleichsforderungen und unverzinsliche Schuldverschreibungen	"	"	3620	3998	3978	3854	3709	2984	2963	3069	2866	2479	2506	2618	2353	
Einlagen insgesamt	"	"	16479	18382	16176	16918	17128	17428	19025	15081	15981	15951	17724	15666	16219	
darunter: von Kreditinstituten <sup>4)</sup>	"	"	11653	12557	11555	12557	12152	10263	10207	8942	10851	8940	8518	9379	10044	
von öffentlichen Einlegern	"	"	4620	5605	4410	4155	4779	6912	7676	5918	4899	6785	8987	6040	5957	
<i>Halbmonatliche Bankenstatistik<sup>5)</sup></i>																
Kurzfristige Kredite an Nichtbanken	"	"	25484		25817		26043	29175		29419		29958				
dar.: an Wirtschaftsuntern. u. Private	"	"	22029		22539		22470	26006		26137		26722				
an öff.-rechtl. Körperschaften	"	"	3455		3277		3572	3168		3283		3236				
Einlagen von Nichtbanken	"	"	56776		56397		57133	64247		64083		64045				
darunter Spareinlagen	"	"	25760		25826		25990	29447		29595		29712				
<i>Bank von England</i>																
Regierungspapiere d. Emissionsabtlg.	Mill. £	Mi	2247,8	2247,8	2247,8	2247,7	2247,7	2398,7	2398,7	2248,8	2349,0	2349,0	2324,0	2324,0	2324,0	2324,0
Forderungen der Bankabteilung	"	"	463,0	463,4	469,8	464,6	459,3	512,1	496,8	527,0	531,0	543,0	566,1	580,6	572,5	550,6
Einlagen	"	"	467,9	480,8	485,8	478,1	472,5	520,5	537,7	531,6	537,5	557,4	567,1	584,5	572,0	561,9
<i>Bundes-Reserve-Banken in USA</i>																
Aktiva insgesamt	Mill. \$	Mi	52976	53356	52724	52268	52688	50956	49524	49295	49904	50787	51832	49900		
darunter: Goldzertifikate	"	"	17676	17487	17427	17367	17340	16291	16391	16142	16142	16117	16111	16109		
Regierungspapiere	"	"	26577	26382	26780	27050	27248	27411	27016	27259	27902	27806	27478	27081		
Einlagen insgesamt	"	"	18735	18492	19178	18774	19033	17836	17290	17226	17735	17903	18302	17446		
darunter: Regierungseinlagen	"	"	431	575	554	376	454	524	575	525	557	460	559	485		
<i>Zinssätze</i>																
Tagesgeld in London	0/0 p. a.	Sa	5 1/4 - 5 3/8	4 7/8 - 5 1/2	4 - 5 1/4	5 3/8 - 5 1/2	4 1/2 - 5 3/8	5 3/8 - 6 1/8	5 3/8 - 6 1/4	5 3/8 - 6	5 3/8 - 6 1/2	5 3/8 - 6 1/2	5 3/8 - 6 3/8	5 3/8 - 6 3/8	5 3/8 - 6 3/8	4 7/8 - 6
Handelswechsel, 3 Mon., London	"	"	6 1/2 - 7	6 1/2 - 7	6 1/2 - 7	6 1/2 - 7	6 1/2 - 7	7 1/2 - 8 1/2	7 1/2 - 8 1/2	7 1/2 - 8 1/2	7 1/2 - 8 1/2	7 1/2 - 8 1/2	7 1/2 - 8 1/2	7 1/2 - 8 1/2	7 1/2 - 8 1/2	
<i>Effektenmarkt</i>																
Kursdurchschnitte festverzinsl. Wertpapiere im Bundesgebiet u. in W-Berlin																
4 1/2% DM-Wertpapiere, auf DM <sup>6)</sup>	vH	BSt	102,91	102,29	102,23	102,44	102,44	101,95	101,86	101,70	101,66	101,64	101,64	101,72	101,66	
5 1/2% DM-Komm.-Pfandbriefe <sup>6)</sup>	"	"	111,00	110,88	110,73	110,69	110,65	113,94	113,83	113,63	113,38	113,14	113,13	112,99	112,90	
5 1/2% DM-Komm.-Obligationen <sup>6)</sup>	"	"	110,90	110,80	110,77	110,72	110,50	113,82	113,59	113,48	113,29	113,08	113,08	112,89	112,74	
6 1/2% DM-Pfandbriefe <sup>6)</sup>	"	"	93,45	93,38	93,40	93,35	93,83	101,48	100,99	100,59	100,23	99,88	99,91	99,91	99,83	
8 1/2% DM-Industrieobligationen	"	"	103,71	103,79	103,36	103,34	103,59	103,38	103,06	103,13	103,25	102,88	102,75	102,88	102,81	
Aktienindex, BRD <sup>8)</sup>	31. Dez. 54 = 100	Fr	527,6	504,2	529,4	541,8	539,4	493,3	475,1	456,0	431,2	454,9	453,9	452,8		
Aktienindex, Großbritannien <sup>9)</sup>	1. 7. 1935 = 100	"	238,3	328,0	322,9	333,7	326,4	306,6	306,6	308,9	313,3	307,5	306,1	279,1	301,6	286,9
Aktienindex, USA <sup>10)</sup>	\$ je Stück	"	602,2	585,2	580,1	586,4	596,5	723,5	716,7	721,2	720,9	716,3	701,6	701,2	708,3	703,3
<b>Wechselkurse</b>																
DM-Noten, Freiverkehr, Zürich	sfrs. je 100 DM	BSt	103,80	103,25	103,25	103,25	103,25	108,08	108,05	108,00	108,00	107,98	108,00	108,00	108,20	
" Devisenkurs, New York	\$ je 100 DM	Fr	23,98	23,98	23,98	23,98	23,98	25,05	25,03	24,90	24,90	24,90	24,90	25,05	25,03	
" Paris	NF je 100 DM	"	117,50	117,51	117,51	117,50	117,60	123,15	122,90	122,93	123,08	123,05	122,95	123,02	123,03	
DM-Ost, Mittelkurs, Berlin	je DM-West	"	4,61	4,61	4,64	4,43	4,63	4,96	4,96	4,96	4,96	4,96	4,96	4,96	4,96	
<b>Weltrohstoffpreise</b>																
<i>Indizes</i>																
Moody's Index	31. 12. 31 = 100	Fr	361,9	366,1	362,9	365,1	361,1	378,4	377,0	377,7	378,0	376,4	378,9	376,1	374,3	373,0
Reuter's Index	18. 9. 31 = 100	"	416,0	414,4	412,2	410,3	412,3	412,6	415,2	415,7	413,7	414,0	412,7	510,0	409,8	411,8
DIW-Index <sup>11)</sup>	1938 = 100	Mi	275,6	276,4	277,0	279,2	280,1	285,1	283,5	284,0	283,5	281,5	281,9	283,3	280,6	281,3
dar. Nahrung- und Genussmittel	"	"	254,3	253,1	255,7	253,8	258,5	259,9	257,0	256,7	255,1	254,4	253,1	258,2	255,1	255,3
Textilrohstoffe	"	"	325,7	328,2	328,5	329,0	334,9	352,7	350,5	351,1	350,2	345,1	348,2	347,4	344,6	346,4
Metalle	"	"	260,9	261,8	260,6	258,2	256,6	266,6	267,3	270,0	268,8	268,9	267,3	267,6	266,3	267,2
<i>Preise</i>																
Weizen, hardw. II, loco, New York	cts je 60 lbs	"	249,38	249,38	250,88	249,75	248,13	256,25	255,00	255,00	256,13	257,38	257,87	258,13	255,50	256,63
Kaffee, Santos 4, loco, New York	cts je lb	"	36,63	34,25	34,50	36,63	36,00	36,25	36,25	35,88	35,50	35,13	35,00	36,75	34,75	34,00
Wolle, Kamms., Cr. 48's, loco, Bradford	d je lb	"	75,00	75,00	75,00	74,00	73,00	75,00	75,00	75,00	75,00	75,00	74,00	74,00	74,00	
Baumwolle, middl. 15/16, loco, New York	cts je lb	"	32,45	32,40	32,30	32,25	32,20									